

Zusatzmaterialien - Tarifkonflikt 2002

M 01 Lohnpoker vor der Entscheidung

High Noon im Lohnpoker.

Überraschend schnell steht die Tarifrunde 2002 vor der Entscheidung. Nachdem die Zeichen zunächst auf einen quälend langen Tarifkonflikt mit der Gefahr des Arbeitskampfes standen, deutet nun alles auf eine friedliche Einigung am Verhandlungstisch hin. Schon nächste Woche wollen die IG Metall und die Chemiegewerkschaft einen Abschluss in Deutschlands zwei wichtigsten Industriezweigen erzielen. Das sind zunächst gute Nachrichten. Denn nichts, hätte dem beginnenden Aufschwung mehr geschadet als ein milliardenteurer Flächenstreik.

Die spannende Frage ist nun, wer von beiden der Vorreiter sein wird und wie hoch er dabei die Messlatte hängt. Obwohl die Chemie als Erste mit einem Termin für den möglichen Abschluss aufs Tempo drückte, hat sie den Wettlauf noch nicht gewonnen. Denn mit einer Flut an Verhandlungsterminen versuchen die Metalltarifparteien, ihren zunächst hoffnungslos scheinenden Rückstand

aufzuholen. Mit Erfolg. Beim schwierigsten Brocken, dem gemeinsamen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte, haben sie die Zielgerade erreicht. Geht es in diesem Tempo weiter, dann ist ein Pilotabschluss am kommenden Mittwoch und damit vor der Chemie nicht ausgeschlossen. Immerhin beansprucht die IG Metall die Vorreiterrolle im Tarifgeschäft, und es hat sie mächtig gewurmt, dass sie diese Position vor zwei Jahren an die Kollegen von der Gewerkschaft BCE abgeben musste.

Den Arbeitgebern ist tunlichst davon abzuraten, diesen Wettlauf für taktische Winkelzüge zu nutzen. Billiger wird es kaum, wenn sie das Ende der Tarifrunde hinauszögern. Sie müssen darauf hoffen, dass in der entscheidenden Verhandlungsnacht jede der beiden Gewerkschaften mit Blick auf Wachstum und Arbeitsplätze Vernunft zeigt. Den Kanzler jedenfalls haben die Gewerkschaften nicht enttäuscht. Sein Appell, auf einen Arbeitskampf zu verzichten, findet offenbar Gehör.

(Hauschild, Helmut: Lohnpoker vor der Entscheidung. Handelsblatt, Nr. 70, 11.04.2002.)

M 02 Chemiegewerkschaft sieht keinen Wettlauf mit IG Metall - Kritik an Warnstreiks

Metallarbeitgeber hoffen auf Abschluss in der nächsten Woche

Im Tarifkonflikt der Metallindustrie hoffen die Arbeitgeber auf einen Pilotabschluss in der nächsten Woche. "Aus heutiger Sicht ist es den Versuch wert", sagte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser dem Handelsblatt. Doch sei er skeptisch, ob eine Einigung gelinge. Kannegiesser: "Bei der Lohnzahl und der Laufzeit des Tarifvertrags sind wir noch sehr weit auseinander". Beide Seiten hätten aber das Interesse, sich zügig zu einigen. Baden-Württembergs IG Metall-Bezirksleiter Berthold Huber sagte, ob in der nächsten Woche ein akzeptables Tarifergebnis möglich sei, werde sich erst noch zeigen. Die Arbeitgeber müssten sich bewegen. Auch die IG Metall will einen ersten Abschluss versuchen. Zwar wies gestern ein Sprecher der Gewerkschaft einen entsprechenden Bericht des "Handelsblatts" vom Vortag zurück: "Von einem Pilotabschluss sind wir noch weit entfernt". Hinter vorgehaltener Hand bestätigten jedoch mehrere IG Metall-Funktionäre, dass ab Mittwoch eine Einigung denkbar sei. Für diesen Tag ist im Südwesten die siebte Verhandlungsrunde vorgesehen. Die folgenden Tage sind für weitere Termine freigehalten. "Wir werden unsere Zahnbürsten mitnehmen, am Zeitbedarf soll es

nicht scheitern", sagte Kannegiesser.

Der Gesamtmetallchef zeigte Zuversicht, dass sich IG Metall und Arbeitgeber in der Frage eines gemeinsamen Entgelttarifs für Arbeiter und Angestellte (Era) bei der nächsten Runde am Montag "weitestgehend annähern". Das sei die Voraussetzung dafür, dass am Mittwoch über das Gesamtvolumen des Tarifvertrags mit dem Ziel eines Abschlusses verhandelt werden könne.

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) sieht sich nicht in einem Wettbewerb mit der IG Metall um den ersten Tarifabschluss. Die Metaller sehen sich traditionell als tarifpolitischer Vorreiter. Es sei kein Problem, wenn die IG Metall voran gehe, sagte ihr Vorsitzender Hubertus Schmoltd dem Handelsblatt. Er betonte aber auch, die IG BCE habe nie erklärt, sie werde der IG Metall den Vortritt lassen. "Wir haben nur gesagt, dass wir den ersten Abschluss nicht anstreben." Wenn sich aber ein tragfähiger Kompromiss mit den Arbeitgebern abzeichne, dann werde die IG BCE nicht auf die IG Metall warten.

Schmoltd hält einen Tarifabschluss der Chemieindustrie bei der nächsten Verhandlung am 17. und 18. April für möglich. Doch sei er skeptisch, ob das Ergebnis den Erwartungen seiner Gewerkschaft entspreche. Die Arbeitgeber hätten bei der

jüngsten Verhandlungsrunde am Dienstag darauf bestanden, dass der Abschluss deutlich unter dem Ergebnis für das Jahr 2000 liegen müsse. "Das ist für mich ein völlig unverständlicher Rückschritt. Die Arbeitgeber leiden offenbar unter einem Wahrnehmungsdefizit, was die Stimmung in den Betrieben betrifft".

Die IG BCE fordert 5,5 % mehr Entgelt und macht dabei Nachholbedarf für die beiden letzten Jahre geltend. Im Jahr 2000 hatte die Branche einen zweistufigen Tarifvertrag abgeschlossen mit Entgelterhöhungen von 2,2 % bei zwölf Monaten Laufzeit und danach 2 % für neun Monate.

Auf Distanz ging Schmoldt zu den Warnstreiks der IG Metall. Auch gestern beteiligten sich wieder rund 100000 Metalller, der Schwerpunkt lag in

Nordrhein-Westfalen. "Die Tarifparteien der Chemieindustrie haben ein anderes Selbstverständnis, das geprägt ist von gegenseitigem Vertrauen". Die Arbeitgeber wüssten, dass die IG BCE trotz ihres konsensorientierten Ansatzes nicht den Willen vermissen lasse, ein angestrebtes Ziel auch durchzusetzen. Entschieden wies Schmoldt das Argument zurück, seine Gewerkschaft profitiere in den Verhandlungen von den Warnstreiks der Metalller. "Wir profitieren nicht vom Drohpotenzial anderer", sagte er. "Das hielt ich für eine Selbstüberschätzung der IG Metall. Wenn sie dieser Auffassung ist, verstehe ich nicht, warum es für sie so schwierig sein sollte, wenn es einen ersten Abschluss in der Chemieindustrie gäbe".

(Handelsblatt, Nr. 71, 12./13.04.2002.)

M 03 IG Metall Plant neue Warnstreiks

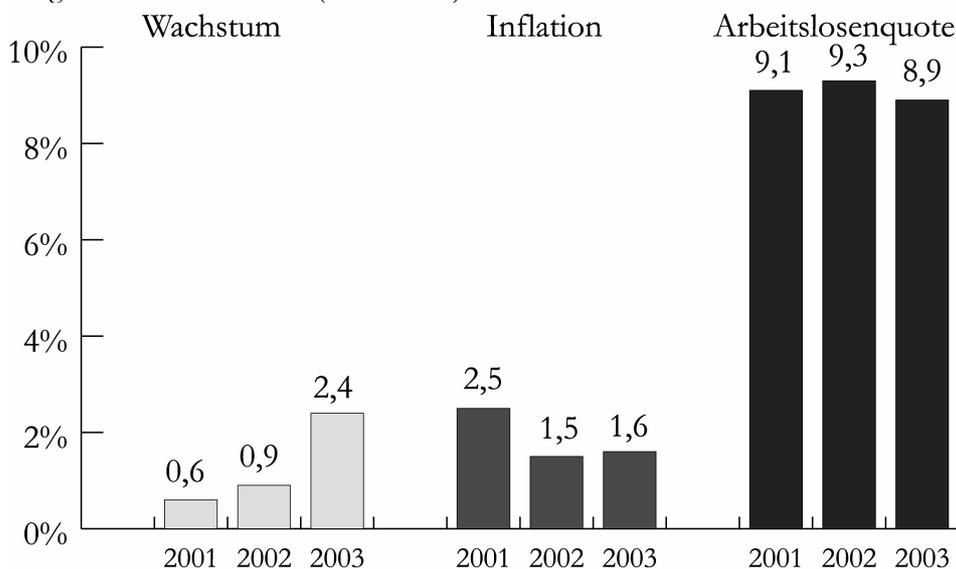
Die IG Metall plant für heute massive Warnstreiks in neun Bundesländern. Zugleich fordert die Gewerkschaft von den Metall-Arbeitgebern ein deutlich verbessertes Angebot, andernfalls will sie kurzfristig über das Scheitern der Verhandlungen

und die Einleitung von Urabstimmungen entscheiden. Der Gewerkschaftsforderung von 6,5% mehr Lohn und Gehalt steht ein Arbeitgeberangebot von 2% gegenüber. Heute beginnt in Baden-Württemberg die sechste Gesprächsrunde.

(Handelsblatt, Nr. 72, 15.04.2002.)

M 04 Institute: Bringschuld liegt bei der Lohnpolitik

Prognose für Deutschland (ohne Streik)



Wirtschaftswachstum und Verbraucherpreise: Veränderung zum Vorjahr in %. Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % der Erwerbspersonen. Nach: BFM: Frühjahrsgutachten 2002.

M 05 Streikfront verhärtet sich - IG Metall lehnt Schlichtung ab

Überraschendes Gesprächsangebot der Arbeitgeber - Wirtschaftsforscher raten zu moderater Lohnpolitik

In der Metallindustrie stehen die Zeichen endgültig auf Streik. IG-Metall-Chef Zwickel zeigte sich gestern nicht mehr gesprächsbereit. Nun wachsen Sorgen über die Gefährdung des Wirtschaftsaufschwungs.

Ein letzter Versuch der Arbeitgeber, den Tarifkonflikt in der Metall- und Elektroindustrie friedlich zu lösen, ist gescheitert. Die IG Metall lehnte den Vorschlag von Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser, einen neutralen Schlichter einzuschalten, als "taktisches Ablenkungsmanöver" ab. Sie will ihre Forderungen stattdessen wie angedroht mit einem Arbeitskampf durchsetzen. Als Streikregionen wählte der Vorstand der Gewerkschaft gestern Baden-Württemberg und Berlin/Brandenburg aus. Er rief die IG-Metall-Mitglieder in den drei Bundesländern zu Urabstimmungen über den Arbeitskampf auf.

"Ein Schlichter kann uns nicht helfen", sagte IG-Metall-Chef Klaus Zwickel. Wenn die Arbeitgeber wirklich eine Lösung des Tarifkonflikts am Verhandlungstisch wollten, dann hätten sie ein deutlich verbessertes Angebot vorgelegt. Dazu seien sie bisher aber nicht bereit.

Gesamtmetall-Chef Kannegiesser äußerte sich gegenüber dem Handelsblatt "tief enttäuscht". Er warf der IG Metall vor, sie wolle den Streik "um

jeden Preis durchziehen". "Wir wollten uns einer Schlichtung unterwerfen, um diese Blockade zu lösen." Ein Streik dagegen sei volkswirtschaftlicher Irrsinn. Die Arbeitgeber hatten zuletzt 3,3 % mehr Lohn angeboten, die IG Metall verlangte 4 %. Die Urabstimmung beginnt am Donnerstag.

Auch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, die gestern ihr Frühjahrgutachten vorlegten, warnten vor den Folgen eines langen Arbeitskampfes. Ein solcher könnte dämpfend auf die Konjunktur wirken, sagte Joachim Scheide vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Die Konjunkturexperten machten auch auf die Risiken zu hoher Lohnabschlüsse aufmerksam. Die Schmerzgrenze in der Metallrunde sehen sie bei 4 Prozent. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft steht die Prognose der Konjunkturforscher unter dem Vorbehalt der Lohnrunde. Der hohe Chemie-Abschluss und der schwelende Tarifkonflikt in der Metall-Industrie seien ein "größeres Konjunkturrisiko, als es die Institute derzeit in ihrem aktuellen Gutachten formulieren", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Martin Wansleben.

Noch schlechter als das Frühjahrgutachten schätzt die Europäische Kommission die Wachstumsaussichten für Deutschland ein: Brüssel geht EU-Kreisen zufolge in der Frühjahrsprognose für 2002 von einem Wachstum in Deutschland von 0,8 Prozent und in der Euro-Zone von 1,4 Prozent aus.

(Handelsblatt, Nr. 79, 24.04.2002.)

M 06 Arbeitskampf in der Metallindustrie

Das missbrauchte Recht auf Streik

Die IG Metall hat Recht: Streiks sind legitim. Als äußerstes Mittel, die faire Teilhabe der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Wohlstandsgewinn durchzusetzen, müssen sie gestattet sein. So weit das kleine Einmaleins der Tarifautonomie, das gestern Gewerkschaftsfunktionäre landauf, landab in ihren Fensterreden zum Tag der Arbeit bemühten. Schließlich ziehen die Metaller ab Montag in den Arbeitskampf. Da kann moralischer Beistand aus der DGB-Familie nicht schaden.

Doch selten ist der Missbrauch dieses Grundrechts der Gewerkschaften so offensichtlich geworden wie an diesem 1. Mai. Die Metallarbeitgeber bieten 3,3 Prozent mehr Lohn. Bei einem erwarteten Wirtschaftswachstum von gerade mal einem Prozent, einer Inflation um die zwei Prozent und vier Millionen Arbeitslosen ist das wahrlich angemessen. Trotzdem gebärdet sich die IG Metall, als müsse sie skrupellose Manchesterkapitalisten zur Vernunft bringen, als würden ihre Mitglieder

schamlos um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Ökonomisch gibt es keine Rechtfertigung für diesen Arbeitskampf. Eine Vier vor dem Komma, erklärtes Ziel der Metaller, mag für die Mehrzahl der Unternehmen im wirtschaftlich starken Südwesten gerade noch verkraftbar sein. In Flensburg und Frankfurt an der Oder ist diese Lohnzahl aber entschieden zu hoch. Dass die IG Metall trotzdem in den Streik zieht, lässt sich nur vor dem Hintergrund eines wachsenden Berges interner Probleme erklären. Der Arbeitskampf soll eine Gewerkschaft zusammenhalten, die angesichts des Wandels der Arbeitswelt tief verunsichert ist, die jedes Jahr Zehntausende Mitglieder verliert.

Ihre Funktionäre machen sich kaum die Mühe, diese Gründe für den Streik zu verbergen. Sie argumentieren nicht wirtschaftlich, sondern in erster Linie mit der Psychologie. Da ist von dem Chemieabschluss die Rede, der unbedingt übertroffen werden muss, weil schon die Forderung der Metaller höher gewesen ist. Da müssen die zum Streik aufgestachelten Mitglieder als Argu-

ment erhalten, warum ein Ergebnis unter vier Prozent nicht mehr möglich ist. Da spricht selbst der Bundeskanzler offen vom Machtkampf um den IG-Metall-Vorsitz, der diese Tarifrunde belastet. Zugegeben, die IG Metall steckt in der Klemme. Doch das Streikrecht ist nicht dazu da, ihr aus der selbst verschuldeten Sinnkrise herauszuhelfen.

Dieser Arbeitskampf ist rausgeschmissenes Geld. Er löst keines der Probleme, derentwegen die Tarifpolitik so sehr in die Kritik geraten ist. Ein überhöhter Abschluss mag kurzfristig vielleicht die Mitglieder der IG Metall befriedigen. Dem Anspruch auf faire Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand aber wird er nicht gerecht. Denn er schließt Millionen Menschen aus, in dem er ihre

Arbeitslosigkeit zementiert. Wahrlich eine traurige Bilanz. Wen eigentlich will die IG Metall in Zukunft mit dieser Politik gewinnen?

Der 1. Mai im Schatten des Arbeitskampfes wäre ein guter Anlass für die Gewerkschaften gewesen, Auswege aus dieser Sackgasse aufzuzeigen. Es gibt sie, und sie sind sattsam bekannt. An erster Stelle steht eine Reform des Flächentarifs, die den Lohn an den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen koppelt. Doch davon will die IG Metall nichts wissen. Ihre Antwort auf die veränderte Arbeitswelt erschöpft sich in einem neuen Streikkonzept. Als Kampfmaschine ist die IG Metall einst groß geworden - als Kampfmaschine will sie jetzt offenbar untergehen.

(Hauschild, Helmut: Arbeitskampf in der Metallindustrie. Das missbrauchte Recht auf Streik. Handelsblatt, Nr. 84, 02.05.2002.)

M 07 Leserbrief: Löhne und Firmenerfolge gehören zusammen

Zu: "Das missbrauchte - Recht auf Streik" Handelsblatt Nr. 84 vom 2. Mai 2002

Helmut Hauschild schreibt unter dem Titel "Das missbrauchte Recht auf Streik", dass der Arbeitskampf "dem Anspruch auf faire Teilhabe" aller nicht gerecht wird, weil Millionen Menschen ausgeschlossen werden und ihre Arbeitslosigkeit zementiert würde.

Ich glaube, dass hier ein grundlegender Irrtum besteht. Wenn Herr Hauschild nur auf die letzten sechs Monate mit Hunderttausenden von Kündigungen zurückblickt, dann wird er feststellen, dass die Unternehmen nicht wegen der Personalkosten, sondern wegen fehlender Nachfrage entlassen haben. Hinzu kommt, wenn ein Unternehmen auf Grund hoher Tarifabschlüsse rationalisiert, dann ist dies für den globalen Wettbewerb doch gut. Oder sollen wir auf Lohnerhöhungen verzichten, um Arbeitsplätze in nicht mehr wettbewerbsfähigen

Unternehmen zu haben?

Dann kommt das Argument, der Lohn solle an den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens gekoppelt werden. Dann, lieber Herr Hauschild, erwarte ich aber auch, dass die Betriebsräte wirtschaftliche Mitbestimmung bekommen - denn wenn der Lohn nicht mehr an die persönliche Leistung gekoppelt wird, sondern an wirtschaftliche Entscheidungen, dann muss auch das Recht auf Mitverantwortung durch Entscheidungsbefugnis vorhanden sein.

Oder sollen Arbeitnehmer aus der Sicherheit der Tarifverträge entlassen werden, ohne das Recht zu haben, in voller Verantwortung wirtschaftlich mitzubestimmen?

In einer Demokratie macht die Koppelung von Lohn mit dem wirtschaftlichen Erfolg nur Sinn, wenn die demokratisch gewählten Belegschaftsvertreter auch voll mitentscheiden.

Darüber sollte einmal nachgedacht werden.

(Leserbrief: Löhne und Firmenerfolge gehören zusammen. Remscheid. Handelsblatt, Nr. 85, 03.05.2002.)

M 08 Arbeitskampf in der Metallindustrie beginnt - Auch Tarifverhandlungen des Baugewerbes gescheitert

Metallarbeitgeber fürchten Verbandsflucht wegen Streik

Aus Furcht vor einem zu hohen Tarifabschluss sind bereits einige Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten. Die IG Metall droht einen "völlig unberechenbaren" Arbeitskampf an.

Die Arbeitgeber fürchten eine Welle von Austritten aus ihren Verbänden, sollte die IG Metall mit ihrem Streik einen zu hohen Tarifabschluss erzwingen. "Ich sehe zum ersten Mal ganz real die Gefahr, dass die IG Metall den Flächentarifvertrag an die Wand fährt", sagte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser dem Handelsblatt. Eine zweistellige Zahl von Unternehmen sei bereits aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten. "Das ist noch keine Stampede, aber die Unruhe wächst von Woche zu Woche."

Mit dem Austritt oder dem Wechsel in einen Verband ohne Tarifbindung versuchen Unternehmen, sich einem überhöhten Tarifabschluss zu entziehen. Nach dem Metallerstreik 1995 in Bayern war es schon einmal zu einer Massenflucht aus dem Flächentarif gekommen. Kannegiesser warnte, die

IG Metall begehe mit ihrem Streik für eine mindestens vierprozentige Lohnerhöhung tarifpolitisches Harakiri. Der Gesamtmetall-Chef betonte erneut, die Arbeitgeber seien umgehend zu neuen Gesprächen bereit, allerdings ohne die Vorbedingung eines höheren Angebots.

Gestern Abend um 22.30 Uhr begann die IG Metall bei Daimler-Chrysler den ersten Streik in der Metallindustrie seit sieben Jahren. Im größten Werk des Automobilkonzerns in Sindelfingen traten 2000 Beschäftigte der Nachtschicht nicht zur Arbeit an. Heute sollen in Baden-Württemberg weitere 20 Betriebe mit 50000 Beschäftigten bestreikt werden, darunter Porsche, Audi und der Traktorenhersteller John Deere.

IG-Metall-Chef Klaus Zwickel kündigte einen "völlig unberechenbaren" Arbeitskampf an. Das Arbeitgeberangebot von 3,3 % nannte er eine "Provokation". Die Verhandlungen müssten nach Streikbeginn "wieder bei null" beginnen. "Wir

wollen nicht ein paar Zehntel mehr, wir fordern 6,5 %", sagte Zwickel.

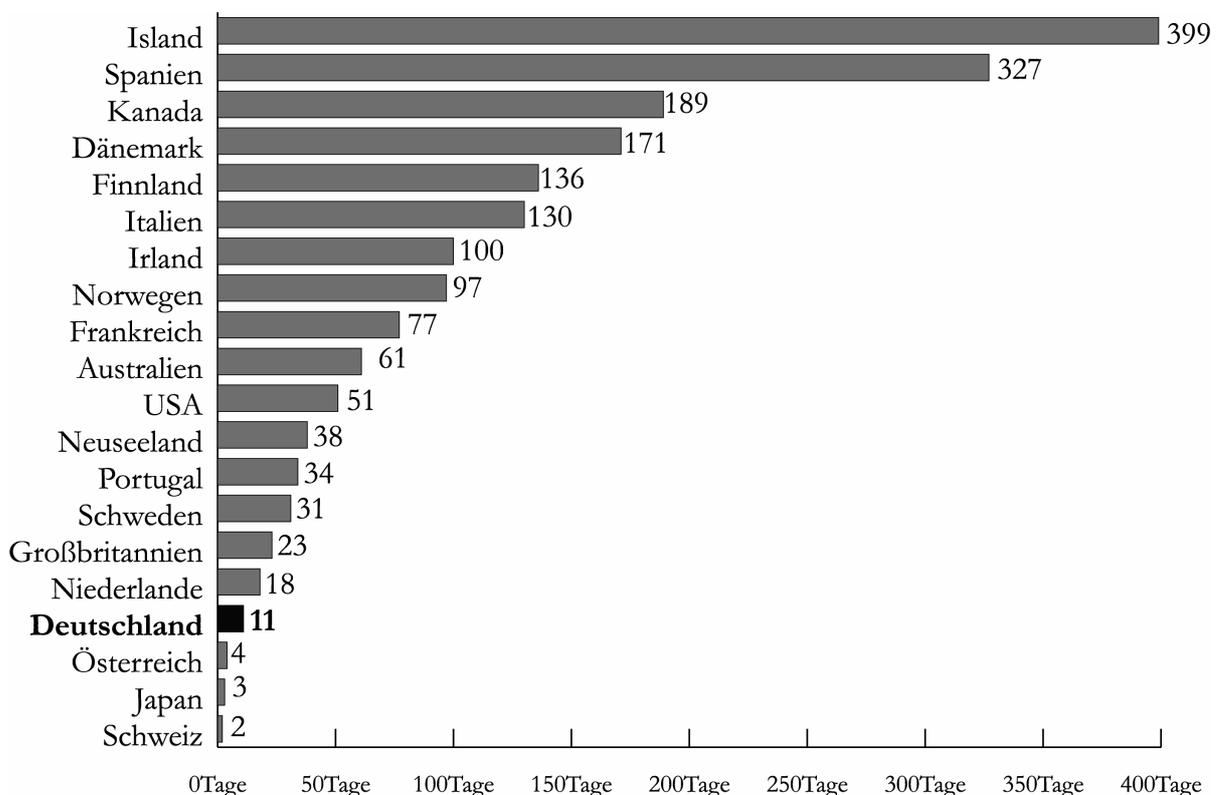
BDI-Präsident Michael Rogowski appellierte an die Industrie, sich mit den vom Streik betroffenen Unternehmen solidarisch zu zeigen. "Dann werden die Arbeitgeber die nötige Widerstandskraft haben, um diesen Kampf durchzustehen", sagte er. Bundeskanzler Gerhard Schröder rief die Tarifparteien unmittelbar vor Streikbeginn auf, schnell wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Er habe die Hoffnung, "dass man dort ein Ergebnis erreicht, das gesamtwirtschaftlich vernünftig ist, das aber auch die Erwartungen der Arbeitnehmerschaft berücksichtigt, am wirtschaftlichen Wohlergehen teilzuhaben".

Am Freitag scheiterten auch die Tarifverhandlungen für die 900000 Beschäftigten des Baugewerbes. Bevor es dort zu einem Streik kommt, ist aber eine Schlichtung zwingend vorgeschrieben.

(Handelsblatt, Nr. 86, 06.05.2002.)

M 09 Streiktage

Verlorene Arbeitstage im Durchschnitt von 1991 bis 2000 je 1000 Beschäftigte durch Streiks und Aussperrungen (Deutschland bis 1992 nur Westdeutschland, Frankreich und Japan 1990 bis 1999. Quellen: ILO, OECD, IWD).



(iwd. Informationsdienst der deutschen wirtschaft. Nr. 17. Köln 24.04.2003.)

M 10 UNTERNEHMEN Stillgestanden!

Wenn ab heute die Metaller streiken, trifft das auch den Automobilzulieferer Behr. Hier hat die neue Flexi-Taktik der Gewerkschaft Premiere. Das Unternehmen hält dagegen.

Der Vergleich mit einem Feldherrn gefällt Jürgen Stamm. "Zurzeit passt das", sagt er und reicht zur Begrüßung eine kräftige Hand. Gleich sei er so weit. Er muss nur noch schnell ein Programm von seinem Flachbildschirm klicken - der Computer auf dem Schreibtisch aus hellem Eichenholz birgt viele Geheimnisse. Zum Beispiel, welche Unternehmen in den nächsten Tagen bestreikt werden. "Alles streng vertraulich", blockt Stamm lästige Fragen ab. "Nur so viel: Wir haben noch ein paar Überraschungen auf Lager!" Schelmische Vorfreude überzieht das breite Gesicht mit den markant schwarzen Brauen. Durch die Fenster sieht man die Dächer Stuttgarts, Heimat von Weltkonzernen wie Daimler-Chrysler, Porsche und Bosch. Ab heute ist Stuttgart Zentrum des ersten Arbeitskampfes in der Metallindustrie seit sieben Jahren. Und Stamm, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in der Schwabenmetropole, ist der Oberkommandierende vor Ort.

Fünf Kilometer von Stamms Büro entfernt, den Pragsattel rauf und wieder runter, wartet Rüdiger Hummer darauf, welche Überraschung die IG Metall für den Autozulieferer Behr parat hat. "Wir werden nicht verschont", so viel weiß der Behr-Personalchef bereits. Schon heute Morgen sollten zur Frühschicht 250 Arbeiter im Werk Vaihingen/Enz streiken. Aber was passiert in den nächsten Tagen? Der zierliche Mann im eleganten braunen Dreiteiler zuckt mit den Schultern. "Fragen Sie die IG Metall." Behr ist ein Familienunternehmen. 2,25 Milliarden Euro Umsatz, weltweit 13800 Beschäftigte. Die Firma stellt Klimaanlage und Kühler her, alle großen Autohersteller sind Kunde. "Wenn die IG Metall will, dann kriegt sie mit zwei, drei Zulieferern die gesamte Autoindustrie zum Stehen", sorgt sich Hummer.

In seinem Computer hat Stamm sie alle gespeichert, ob Weltkonzerne und Mittelständler. Behr hat die Nummer 0067 - und alle Voraussetzungen für einen Streikbetrieb: Mehr als 80 Prozent der Arbeiter sind Mitglied der IG Metall, als Zulieferer ist das Unternehmen unverzichtbar, und schließlich hat es Einfluss im Arbeitgeberverband. Das alles qualifiziert. "Ich bin ja nicht der römische Kaiser, der bei der Eroberung Galliens noch nicht mal einen Koch dabei hatte." Also muss Stamm den Arbeitskampf haar Klein organisieren.

Das "Arbeitskampf-Informationssystem", kurz "Arkis", hilft ihm dabei. Die IG Metall ist mächtig stolz auf das Programm. Seit Jahren sammeln Stamm und seine Kollegen alle Informationen, die für einen Streik nützlich sein könnten: Produkte, Kunden, Lieferzeiten, Lagerhaltung - das ganze

Netzwerk der hochgradig verflochtenen Metallindustrie. Stamm ist zufrieden: "Wir wissen ziemlich gut Bescheid."

Ohne Arkis wäre der Flexi-Streik, die neue Taktik der IG Metall, kaum möglich. In 110 Betrieben in Baden-Württemberg soll tageweise die Produktion stillstehen, das will erst mal geplant sein. Der Arbeitskampf soll weh tun, klar. Aber eben niemanden kaputt machen. Es war kurz vor Weihnachten bei einer Feier in einer Stuttgarter Kneipe, als IG-Metall-Chef Klaus Zwickel seinen Kollegen Bernhard Huber, Bezirksleiter von Baden-Württemberg, fragte: "Wie willst du das machen, wenn es möglicherweise zum Streik kommt?" Und Huber erläuterte seine Idee: Tagesstreiks. Nadelstiche, die die IG Metall, wenn nötig, lange durchhalten kann. Zwickel war skeptisch: "Das geht nicht, das erfordert zu viel Disziplin." Doch schließlich stimmte er zu.

"Knallharte Konfrontation, das war einmal", sagt auch Stamm und blickt auf das Ölgemälde aus dem 19. Jahrhundert mit der Gießerei, das gegenüber seinem Schreibtisch hängt. Kein Betriebsrat wolle sein Unternehmen gefährden. Aber er muss im Konflikt mit dem Management dafür sorgen, dass die Bänder auch wirklich stillstehen, wenn die IG Metall es will.

"Da muss man schon der Typ dafür sein, hart in der Sache", sagt Thomas Wörner, 46. Er ist Betriebsrat bei Behr. Wie er da so sitzt im Betriebsratsbüro, breitbeinig in Jeans, die Oberarme dick wie Baumstämme, traut man ihm Härte ohne weiteres zu. "Die Welt wird für Behr nicht untergehen, wenn eine Vier vor dem Komma steht." Dennoch: Respekt habe er vor dem Arbeitskampf, sagt Wörner ernst. "Ich sehne das nicht herbei!"

Mit dem Flexi-Streik kann Wörner sich nur mühsam anfreunden. "Das wird sehr schwierig für uns als Betriebsrat. Den einen Tag sollen wir die Leute vors Werkstor holen, und am nächsten Tag schicken wir sie wieder zur Arbeit." Zumal der Effekt bescheiden sei. "Die modernen Produktionsplanungs-Systeme erlauben es den Unternehmen, sich voll auf den Streik einzustellen."

Hummer findet, das sei ein typischer Betriebsratsstandpunkt. "Keinen Zugang zu dem, was der Markt verlangt", hat der Behr-Personalchef bei seinen Gegenübern von der Arbeitnehmerbank festgestellt. "Eine Krisensituation" sei der Streik für Behr. "Täglich rufen Kunden an und wollen wissen, ob und wann sie denn nun mit Lieferengpässen rechnen müssen." Das Hauptproblem sind die Aufträge aus dem Ausland. "Wenn beim Verkaufsschlager eines Autoherstellers die Produktion ein paar Tage lang stockt, dann ist der Schaden für uns viel größer als ein paar ausgefallene Schichten!" Dann, warnt Hummer, wackeln Folgeaufträge.

Der Streik weckt dunkle Erinnerungen. 1984, beim

letzten Arbeitskampf der Metaller in Baden-Württemberg, wurde der Kühlerproduzent ebenfalls bestreikt. Fast sieben Wochen tobte damals die Schlacht um die 35-Stunden-Woche. Der einzige "Umsatz" von Behr während dieser Zeit war die Unterstützung des Arbeitgeberverbands, die Streikposten wollten nicht einmal mehr den Chef in seinen Betrieb lassen. Danach war das Verhältnis zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat auf dem Nullpunkt.

Das soll nicht wieder passieren. Sachlich gehe man heute miteinander um, sagt Wörner. "Wir sind nicht die dicksten Freunde, aber Behr ist auch kein Unternehmen, in dem es ständig kracht!" Hummer bestätigt das: "Für einen Metallbetrieb ist das Verhältnis mit dem Betriebsrat hier gut." Deshalb würde das Unternehmen den Konflikt auch nicht auf die Spitze treiben. Aussperrung? "Ich kann mir das nicht vorstellen", sagt der Personalchef. Vieles bei einem Streik sei "system-immanent", ist

Hummers Erfahrung. Seit fast 25 Jahren ist er im Personalmanagement, und doch gibt es Dinge, die ihn noch immer ärgern. Etwa wenn er die Betriebsräte mit seinen Argumenten zwar als Mitbestimmungspartner erreiche, aber nicht mehr in ihrer Rolle als IG-Metall-Funktionär. Bei der Sache mit den Überstunden zum Beispiel. Kurz vor dem Streik genehmigte der Betriebsrat plötzlich keine zusätzlichen Samstagsschichten mehr. "Dabei ist bekannt, dass die Überstunden betrieblich notwendig sind."

Stamm hat dazu seine eigene Philosophie. "Man kann nicht zum Streik aufrufen und gleichzeitig Überstunden zustimmen." Aber der Feldherr ist auch gnädig. "Die Kollegen bei Behr wissen genau, an welcher Stelle sie zuschlagen können, ohne dass unwiederbringliche Schäden entstehen!" Das sei auch gut so. Denn: "Wir wollen hier keinen Palästina-Krieg führen."

(Hauschild, Helmut: UNTERNEHMEN Stillgestanden! Handelsblatt, Nr. 86, 06.05.2002.)

M 11 IG Metall legt Betriebe der Autohersteller lahm

Das Hauptargument der Streikenden sind höhere Preise durch den Euro.

Mit erhobenem Haupt kämpft Berthold Huber, Verhandlungsführer der IG Metall in Baden-Württemberg, um höhere Löhne und Gehälter. "Wir sind nicht der angestellte Weihnachtsmann der Arbeitgeber, und wir lassen uns auch nicht in die Rolle eines Bittstellers drängen", impft der streitbare Gewerkschafter den streikenden Porsche-Mitarbeitern ein. 600 Beschäftigte sind dem Aufruf der IG Metall gefolgt, um 6 Uhr am Montag morgen vor dem Werkstor in Stuttgart-Zuffenhausen ihrer Forderung nach 6,5 Prozent Tarifierhöhung Nachdruck zu verleihen.

Bei der Porsche AG stehen seither für 24 Stunden die Bänder Still. 145 Nobelsportwagen im Wert von 10 Millionen Euro werden bis Dienstag früh nicht montiert. Insgesamt wurden gestern in Baden-Württemberg 20 Betriebe mit 50000 Beschäftigten bestreikt. Darunter waren neben Porsche die Autokonzerne Daimler-Chrysler und Audi betroffen. Allein bei Daimler-Chrysler mit den Werken Sindelfingen, Rastatt und einigen kleineren Fabriken waren 30000 Beschäftigte im Streik. Neben Daimler-Chrysler ist Porsche das zweite Unternehmen, zu dem die Gewerkschaftsprominenz aus Frankfurt zum Streikauftritt reiste. Dafür war die Gruppe der Porsche-Leute enttäuschend klein: Ursprünglich wollte die IG Metall die gesamte Porsche-Frühsschicht mit 2500 Beschäftigten vor dem Werkstor versammeln. Weil aber der Streikplan zu früh bekannt wurde, bleiben die meisten bei dem nasskalten Wetter lieber daheim.

IG-Metall-Chef Klaus Zwickel ist an diesem trüben Morgen kein Mann provokanter Worte. "Es ist ein schwerer Gang, wir wissen nicht, wie schwierig er noch wird", stimmt er die Zuhörer auf einen möglichen längeren Arbeitskampf ein. Der Gewerkschafter will für "ein gutes Ergebnis solange streiken, bis es erreicht ist".

Dieses Vorhaben sieht Huber weder als Krieg und noch als Revolution an. "Wir kämpfen um faire Löhne und Gehälter." Kritik übt er an den steigenden Dividenden der Aktionäre, während die Arbeitnehmer Reallohnverluste einstecken müssten. Das und die Preissteigerungen seit der Euroeinführung sind auch die Hauptargumente der Streikenden vor dem Werkstor.

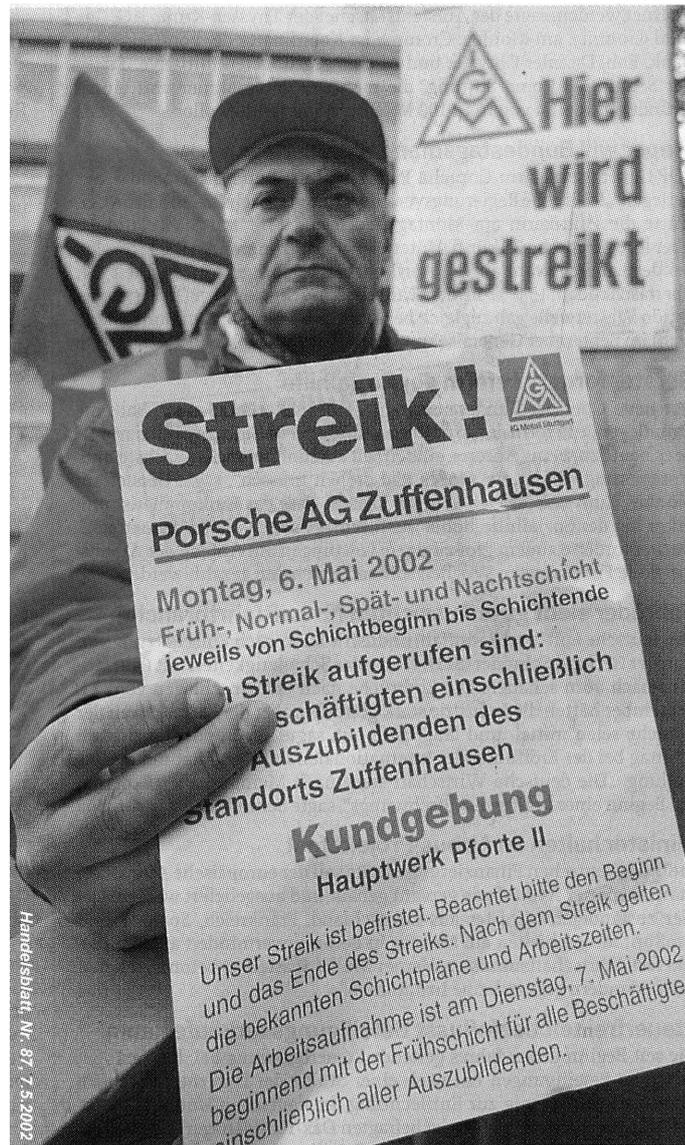
"Alles ist jetzt sehr viel teurer", klagt eine Sekretärin des Sportwagenherstellers. Netto bringe sie zudem kaum mehr Geld nach Hause als vor zehn Jahren. Ein Fabrikarbeiter, der vor 18 Jahren schon vor dem Porsche-Werkstor streikte, stößt ins gleiche Horn.

Porsches Rekordergebnisse der vergangenen drei Jahre haben die Erwartungen bei dem Sportwagenhersteller besonders hochgeschraubt. Die Mitarbeiter sind stinksauer, weil sie daran nicht teilhaben durften, erklärt Porsche-Betriebsratschef Uwe Hück. "Es ist Zeit, dass diese Wunden geschlossen werden", sagt er und erhält dafür viel Applaus.

Nach Brezeln und heißem Kaffee gehen die meisten Streikenden um 7 Uhr wieder heim. Am heutigen Dienstag sind andere 22 Betriebe mit 20000 Beschäftigten in Baden-Württemberg mit Streik an der Reihe, darunter auch Bosch. Für den Mittwoch hat Huber mittelständische Firmen ausgesucht.

(Handelsblatt, Nr. 87, 07.05.2002.)

M 12 Streikposten



(Handelsblatt Nr. 87, 07.05.2002.)

M 13 Verbände entschädigen bestreikte Betriebe - Gesamtmetallchef Kannegiesser räumt unverständliche Größenordnung

*Arbeitgeber bangen um ihre Solidarität
Die Arbeitgeberfunktionäre reagieren kühl auf den Streik der IG Metall: Sie wollen sich nicht zu einem höheren Lohn-Angebot zwingen lassen. Zugleich wissen sie aber um die Gefahr einer internen Zerreißprobe. Streik-Hilfen für Mitgliedsbetriebe sollen den Zusammenhalt in den Reihen der Arbeitgeberverbände stärken.*

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie werden den Zusammenhalt ihrer Mitgliedsfirmen im laufenden Arbeitskampf auch mit finanziellen Hilfen sichern. Vom Streik direkt betroffene Unternehmen erhalten eine Ausgleichszahlung vom Verband. Die dazu notwendigen Beschlüsse seien bereits getroffen, sagte der Präsident des Dachverbandes Gesamtmetall, Martin Kannegiesser dem Handelsblatt.

Die Unterstützung soll den Betrieben unabhängig davon gewährt werden, ob sie auf den Streik mit dem Gegeninstrument der Aussperrung reagieren. Die Höhe der Zahlung bemesse sich nach der Lohn- und Gehaltssumme jener Arbeitnehmer, die streikbedingt nicht arbeiten, erläuterte Hubertus Engemann, Sprecher des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, dessen Region im Zentrum des Konflikts steht.

Die "Solidarität" der Mitgliedsunternehmen ist für die Arbeitgeberverbände von großer Bedeutung, da ihnen im Arbeitskampf mit der Gewerkschaft regelmäßig eine Zerreißprobe droht: Im Wunsch nach einem raschen Ende der Streiks wächst erfahrungsgemäß die Neigung der Mitgliedsunternehmen mit einer guten Ertragslage, notfalls auch einen hohen Tarifabschluss zu akzeptieren.

Südwestmetall berichtete gestern zwar von einer "sehr großen Geschlossenheit in unseren Reihen". Wie lange die Arbeitgeber den Streik durchhalten würden, wollte Gesamtmetallchef Kannegiesser allerdings nicht sagen. Er ließ erkennen, dass ein längerer Arbeitskampf den Zusammenhalt im Arbeitgeberlager schwächen könnte. Die Nervosität nehme zu. "Noch ist die Geschlossenheit da, aber wenn die IG Metall überzieht, dann gibt es Risse, dann bricht sie irgendwann", sagte er.

Einige Unternehmen würden dann Druck auf Gesamtmetall ausüben, sich mit der IG Metall zu einigen. Viele mittlere und kleinere Unternehmen dagegen würden mit ihren Belegschaften direkt eine Lohnvereinbarung treffen. "Je länger die Verbände nicht zu Rande kommen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen sich selbst helfen", sagte Kannegiesser voraus.

Der Verbandspräsident kündigte erneut an, dass vom Streik betroffene Unternehmen zum Gegenmittel der Aussperrung greifen könnten, wenn sie dies wollten. Für eine offensive Konfliktstrategie gegenüber streikbereiten Arbeitnehmern wollen die Arbeitgeberverbände die Aussperrung aber nicht einsetzen. Kannegiesser machte keinen Hehl daraus, dass er sie als ein unzeitgemäßes Instrument ansieht. "Es passt nicht zu einer modernen Firmenkultur, wenn man vormittags Verantwortung partnerschaftlich an die Arbeitnehmer delegiert und nachmittags eben jene Arbeitnehmer vor die Tür setzt."

Das gleiche gelte allerdings auch für den Streik: "Morgens kämpfen die Mitarbeiter darum, ihren Betrieb über Wasser zu halten, und nachmittags gehen sie mit der Axt auf ihn los", verurteilte er den Arbeitskampf der IG Metall.

(Handelsblatt, Nr. 87, 07.05.2002)

Die IG Metall will den Arbeitgebern keinen Anlass zu Aussperrungen geben. Sie beruft sich dabei auf ihre neue "Flexi-Streik-Taktik", mit der sie einzelne Unternehmen jeweils nur befristet bestreiken, insgesamt aber unberechenbar und notfalls über einen langen Zeitraum zuschlagen will. Falls es trotz dieser Taktik zu Aussperrungen komme, "dann einzig aus machtpolitischen Erwägungen der Arbeitgeber", sagte IG-Metall-Chef Klaus Zwickel vor dem Werkstor von Porsche. Die Südwest-Arbeitgeber hielten dagegen der Gewerkschaft eine "emotionale Lust am Streik" vor.

Scharfe Kritik übte Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser an dem Argument der IG Metall, die Bosse hätten gewaltige Einkommenszuwächse gehabt, jetzt seien endlich die Arbeitnehmer dran. Die große Masse der Unternehmer und Führungskräfte sei über diese Aussage empört, weil sie das bei sich selbst überhaupt nicht nachvollziehen könne. "Dass es da unverständliche Größenordnungen gibt, in einem gewissen, Sinne auch Missbrauch ist klar!" Aber dies betreffe eine hauchdünne Führungsschicht, die von der IG Metall instrumentalisiert werde. "Das ist unter der Gürtellinie", sagte Kannegiesser. "Man muss sich nicht wundern, wenn viele Unternehmer immer mehr angewidert sind von dieser Art der kollektiven Lohnfindung, weil sie selbst kollektiv in Geiselhaft genommen werden".

Die Verantwortung für diese Gehälter liege im Übrigen auch bei der IG Metall. "Wer als Gewerkschafter im Aufsichtsrat mitbestimmter Unternehmen sitzt und über diese kritisierten Gehälter mitentscheidet, der soll vorsichtig sein, wenn er mit Steinen wirft."

M 14 Streiks in der Metallindustrie seit 1973

Insgesamt gab es neun Arbeitskämpfe (1954, 1956/57, 1963, 1971 ...)

Dauer	Beteiligte*	Gegenstand	Ergebnis
1995 (Bayern)			
11 Tage	22000 S	Lohn- und Gehaltserhöhung	Pauschale für 4 Monate und 3,4 %, weitere 3,6 % Stufenerhöhung
1993 (Ost)			
14 Tage	27300 S	Fristlose Kündigung des Stufenplans durch Arbeitgeber	Streichung der Lohnangleichung bis 1996
1984 (Nordwürttemberg-Nordbaden, Hessen)			
7 Wochen	57500 S 155000 A	35-Stunden-Woche	38,5-Stunden-Woche
1978 (Nordwürttemberg-Nordbaden)			
3 Wochen	85000 S 177000 A	Lohnerhöhung/ Abgruppierungsschutz	Absicherungsvertrag: max. Abgruppierung um 2 Gruppen, befristete Einkommenssicherung
1973 (Nordwürttemberg-Nordbaden)			
9 Tage	555000 S	Erholpausen, Verdienstsicherung für Ältere, Arbeitsgestaltung	Lohnrahmen II: 5 Min. Erholungspausen, Mindesttaktzeit 90 Sek., Verdienstsicherung für Ältere

*S = Streikende, A = Ausgesperrte

(Quellen: WSI-Tarifarchiv, AP.)

M 15 "Dieser Betrieb wird bestreikt"



(Handelsblatt, Nr. 88, 08.05.2002.)

M 16 Konjunkturrisiken durch hohe Tarifabschlüsse werden deutlicher - Effektivlöhne bleiben allerdings hinter Tariferhöhung zurück

Schröder ermahnt die Metall-Tarifparteien

Ein hoher Lohnabschluss der Metaller wird Konjunktur und Arbeitsplätze gefährden. Angesichts der harten Fronten im Arbeitskampf meldet sich daher nun auch Kanzler Schröder deutlicher zu Wort. Die Furcht vor einer Lohn-Preis-Spirale, die zu raschen Zinserhöhungen führen könnte, bleibt indes gering.

Angesichts der verhärteten Fronten im Tarifstreit der Metall- und Elektroindustrie gibt Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) seine Zurückhaltung in tarifpolitischen Fragen auf. Mit einer deutlichen Mahnung wandte er sich gestern an IG Metall und Arbeitgeber. "Es ist mein dringender Wunsch, dass der Konflikt sehr bald gelöst wird", sagte der Kanzler in Leipzig. Er wünsche, dass beide Parteien "möglichst rasch an den Verhandlungstisch zurückkehren und auf die dort gebotene Weise den Tarifkonflikt lösen."

Auch nach zwei Streiktagen war in dem Konflikt jedoch keine Annäherung in Sicht. Die IG Metall lehnt neue Verhandlungen strikt ab, solange die Arbeitgeber ihr Lohn-Angebot nicht weiter erhöhen. "Ohne ein neues Angebot ist der Tarifkonflikt nicht zu lösen", bekräftigte IG-Metall-Sprecher Claus Eilrich. Die Arbeitgeber wollen dagegen nur auf Basis ihres vorliegenden Angebots von 3,3% mehr Lohn verhandeln. Der IG-Metall-Bezirk Baden-Württemberg richtet sich bereits auf eine zweite Streikwoche ein.

Schon jetzt scheint klar zu sein, dass der Tarifabschluss 2002 nicht nur deutlich über dem der vergangenen Tarifrunde liegen wird, sondern auch oberhalb der Einigung in der Chemie-Industrie von rund 3,3%. Damit wachsen die Sorgen vor den gesamtwirtschaftlichen Folgen.

Bereits letzte Woche hatte der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Wim Duisenberg, gewarnt: "Überzogene Lohnerhöhungen könnten zusätzlichen Kostendruck erzeugen mit möglichen Folgen nicht nur für die Preise, sondern - in größerem Ausmaß - für Beschäftigung und Wachstum." Auf Nachfrage sprach er ausdrücklich Deutschland an: "Ich bin sicher, dass die Deutschen deutlich verstehen, worauf ich anspiele."

Ebenso wie Duisenberg sehen Bankenvolkswirte weniger die Gefahr der berüchtigten Lohn-Preis-Spirale. Wegen der schwachen Konjunktur könn-

ten die Unternehmen am Markt keine höheren Preise durchsetzen. Allerdings: "Irgendjemand muss die Kosten ja tragen", betont Gregor Beckmann, Volkswirt bei HSBC Trinkaus & Burkhardt. Die Folge: Die Gewinne der Unternehmen geraten unter Druck - mit negativen Folgen für Konjunktur und Arbeitsplätze.

Auch Thomas Mayer, Deutschland-Volkswirt bei Goldman Sachs, sieht diese Gefahr. "Die Firmen haben weniger Mittel für Investitionen, außerdem wächst der Druck, die Kosten zu senken". Mayer sieht Parallelen zu 1995, als die D-Mark extrem aufwertete und hohe Abschlüsse in der Metallindustrie zusammen kamen. "Beides würgte Aufschwung und Beschäftigungsaufbau ab, die Inflation war nicht berührt."

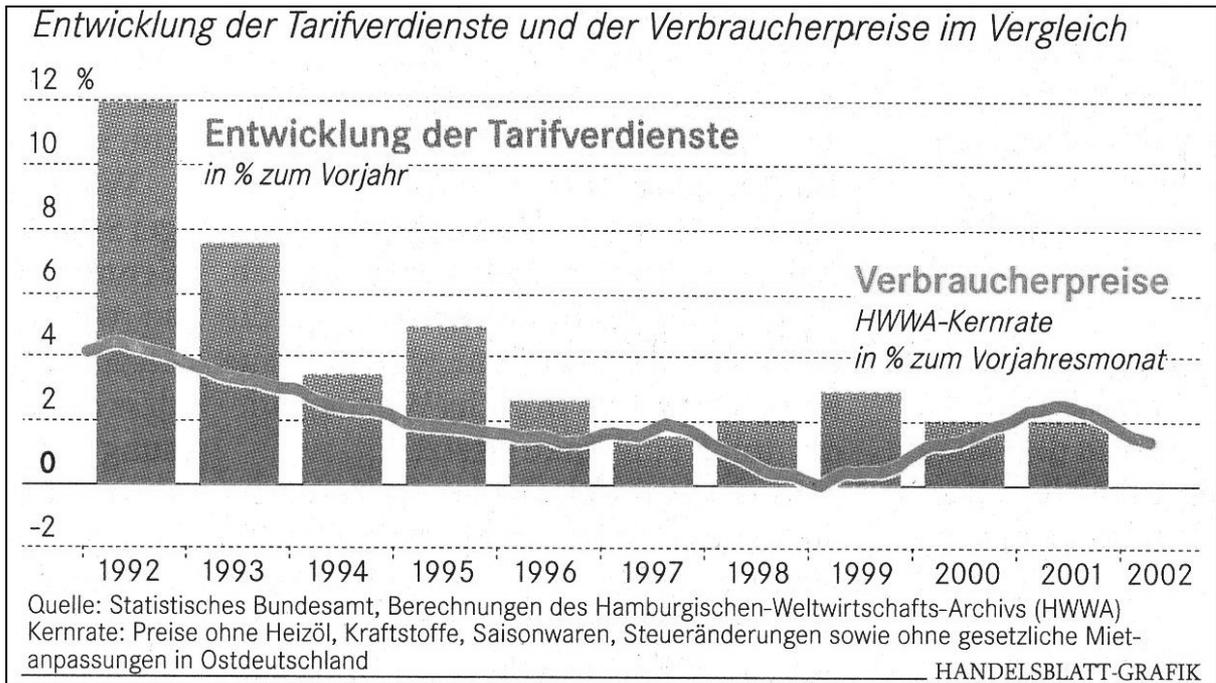
Einige Ökonomen sind allerdings skeptischer. Jörg Hinze Konjunktur-Experte beim Hamburger Institut HWWA sieht einen Abschluss von 4 % oder mehr als Bedrohung für die Preisstabilität. "Dann könnte der Druck auf die EM wachsen, die Leitzinsen zu erhöhen."

Wie groß die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale ist, darüber entscheidet freilich nicht allein die Tariferhöhung. Denn die Entwicklung der Effektivlöhne bleibt - etwa in der Automobilindustrie - teilweise hinter der Prozentzahl des Tarifabschlusses zurück. Bei Daimler-Chrysler gibt es eine Betriebsvereinbarung, wonach statt 100 % nur 92 % der Tariferhöhung weitergereicht werden. Ergebnis: Die Gehälter stiegen im vergangenen Jahr statt der offiziellen 2,1 % nur um 1,93 %. Da die Vereinbarung noch bis Ende 2002 gilt, werden die Daimler-Beschäftigten auch diesmal effektiv weniger bekommen als der Tarifabschluss suggeriert.

Noch größer ist die Diskrepanz bei der krisengeschüttelten Opel AG. Von den tarifvertraglichen 2,1 % wurden 1,25 Prozentpunkte abgezogen, so dass den Beschäftigten vergangenes Jahr nur eine Lohnerhöhung von 0,85 % blieb. Bei BMW und Porsche wird der Tarifabschluss zwar voll weitergegeben, allerdings nur auf die tariflichen Entgeltbestandteile. Übertarifliche Einkommen wie etwa Leistungs-zulagen, Teile des Weihnachtsgelds und Erfolgs-prämien blieben unberücksichtigt, weshalb auch dort die effektive Entgelterhöhung bisher unter der tariflichen lag.

(Handelsblatt, Nr. 88, 08.05.2002.)

M 17 Im Gleichklang



(Handelsblatt, Nr. 88, 08.05.2002.)

M 18 Ist der Streik noch ein zeitgerechtes Mittel bei Tarifauseinandersetzungen?

Pro

Wer das Streikrecht aushebelt, will die Diktatur der Arbeitgeber

Von HEINZ PUTZHAMMER (Mitglied im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes)

Ohne Streikrecht wären Tarifverhandlungen nicht mehr als kollektives Betteln. Das Streikrecht bietet den Gewerkschaften das adäquate Mittel, um berechnete Forderungen durchzusetzen. Hierbei ist natürlich das Interesse darauf gerichtet, die Arbeitgeber zu einem verbesserten Angebot zu bewegen. Gerade in Phasen, wie wir sie jetzt erleben, gilt das Interesse der Öffentlichkeit verstärkt dieser Fragestellung.

In der Metallindustrie lag das Angebot der Arbeitgeber von Gesamtmetall unter dem Niveau des Tarifabschlusses für die chemische Industrie. Die IG Metall hatte in ihren Verhandlungen in Stuttgart mehr als deutlich herausgestellt, ohne ein Verhandlungsergebnis, das dem in der Chemieindustrie nicht nachsteht, einen Tarifabschluss nicht tätigen zu können. Wer wie die IG Metall in Verhandlungen immer wieder Kompromissbereitschaft gezeigt hat, muss dann auch nach einem so eindeutigen Urabstimmungsergebnis zum Streik aufrufen. In Erinnerung zu bringen ist, dass 75 Prozent der abgegebenen Stimmen für einen Streik notwendig sind. Für die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellt ein Streik keinen Spaziergang dar. Er ist aber die einzige Möglichkeit, im aufrechten Gang durch Tarifverhandlungen zu gehen, um dann einen Tarifabschluss zu tätigen.

Contra

Die alten Rituale gehören als Grotteske in die Geschichtsbücher

Von WOLFGANG FRANZ (Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und lehrt an der Universität Mannheim)

Wenn Arbeitsplatzvernichter den Tag der Arbeit feiern, kann man sich nur schwer des Eindrucks einer Grotteske erwehren. Mit markigen Sprüchen beklagte die IG Metall die Misere auf dem Arbeitsmarkt, so als ob sie es nicht wäre, die auf Grund ihres beschäftigungsfeindlichen Kurses, der ohne Wenn und Aber mit Hilfe eines Streiks durchgesetzt werden soll, Tausende von Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit schickt. Es sind die Gewerkschaften, die so den Arbeitslosen jedwede Chancen auf neue Arbeitsplätze verwehren. Letztendlich legen sie damit selbst die Axt an die von ihnen so vehement vertretene Tarifautonomie.

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland den konjunkturellen Aufschwung noch längst nicht in trockenen Tüchern hat und diesbezüglich in der Europäischen Union ohnehin schon die rote Laterne besitzt, hätte den Gewerkschaften ein beschäftigungsfreundlicher Kurs gut angestanden. Lohnerhöhungen unterhalb des Produktivitätsfortschritts mit nur teilweisem Ausgleich für Preissteigerungen wären eigentlich das Gebot der Stunde gewesen.

Stattdessen schöpften die Tarifvertragsparteien schon in der chemischen Industrie den Verteilungsspielraum voll aus, verhielten sich mithin bes-

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind keine Bittsteller in gleichberechtigten Tarifverhandlungen. Darauf aber wollen die Arbeitgeber der Metallindustrie sie in der diesjährigen Tarifrunde reduzieren.

Der Streik ist jetzt die einzige Möglichkeit, zu einem Tarifergebnis zu kommen, das auch von den Beschäftigten akzeptiert wird.

Die deutschen Gewerkschaften sind sich der Verantwortung von Tarifverhandlungen immer sehr deutlich bewusst gewesen und werden dies auch in der Tarifrunde des Jahres 2002 belegen. Ein Blick in die Streikhäufigkeit zeigt, die Statistik wird nicht durch die Bundesrepublik Deutschland angeführt. Dieses mögen die Gegner von Streiks bitte zur Kenntnis nehmen. Die Gewerkschaften bezweifeln auch das Argument von Arbeitgeberseite, durch einen Streik würden Betriebe vermehrt aus dem Arbeitgeberverband austreten. Wenn dies der Fall wäre, würden die Gewerkschaften mit dem Instrument des Haustarifvertrages diese Betriebe wieder in die Tarifbindung zwingen können.

All diejenigen, die den Tarifabschluss der chemischen Industrie loben, sollten zur Kenntnis nehmen: Selbst aus der chemischen Industrie wird bestätigt, dass die Ausgangsvoraussetzungen und die Ertragslage der Metallbranche sich oberhalb der chemischen Industrie befinden. Vielfach lässt sich der Eindruck nicht vermeiden, dass die Gegner von Streiks völlig beratungsresistent sind. Merkwürdig ist nur, dass diejenigen, die zu den größten Kritikern gehören, nicht in der Einkommensgruppe von Tarifgehaltern arbeiten, sondern weit darüber liegen. Dieses Verhalten erinnert vielfach an die Situation: "Wasser predigen und selber Wein trinken". In der derzeitigen tarifpolitischen Auseinandersetzung geht es um berechnete Forderungen der Beschäftigten, und die Gewerkschaften haben alle Versuche unternommen, um im Rahmen von Verhandlungen zu einem Ergebnis zu kommen. Das Mittel des Streiks bleibt für die Gewerkschaften jetzt die letzte Möglichkeit.

Wer den Gewerkschaften das Mittel des Streiks aus der Hand schlagen will, will nicht den sozialen Frieden, sondern das Diktat der Arbeitgeber.

tenfalls beschäftigungsneutral, dies aber wenigstens friedlich. Als Lichtblick kann hingegen der dortige Einstieg in eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg bezeichnet werden.

Davon will die IG Metall jedoch nichts wissen, unbeschadet beträchtlicher Unterschiede in der wirtschaftlichen Situation beispielsweise einzelner Automobilfirmen, wie etwa Opel und Porsche. Und schon gar nicht nimmt sie sich die Verhandlungskultur in der chemischen Industrie zum Vorbild. Im Gegenteil: Bereits die ersten Vorgespräche wurden mit massiven Streikdrohungen belastet.

Vordergründig sind Streiks für die IG Metall ein ziemlich risikoloses Unterfangen. Die Kosten können durch gezielte Wechselstreiks niedrig gehalten werden, während die Abwehrmöglichkeiten der Unternehmen äußerst gering sind, weil ihre Waffen, etwa die Aussperrung, durch die Arbeitsgerichtsbarkeit stumpf gemacht wurden.

Aber die IG Metall sollte sich nicht täuschen. Die Unternehmen würden, so das gewerkschaftliche Argument, mit hohen Lohnabschlüssen schon fertig. Mag sein, nämlich indem Arbeitnehmer durch Maschinen ersetzt und Standorte ins kostengünstigere Ausland verlagert werden.

Der mit einem Streik einhergehende Produktionsverlust würde durch Mehrarbeit schnell wieder ausgeglichen, heißt es. Mag sein, denn ohnehin gibt es dann weniger zu produzieren, weil wichtige Kundenbeziehungen an die ausländische Konkurrenz und die hiesige Reputation Deutschlands als ein Wirtschaftsstandort mit sozialem Frieden verloren geht. Dies ficht die IG Metall jedoch scheinbar wenig an, denn die Folgen in Form von mehr Arbeitslosigkeit gedenkt sie, dem Staat als Reparaturbetrieb für lohnpolitisches Fehlverhalten anzulasten.

Als Folge von Streiks und überzogenen Tariflohnanhebungen werden Unternehmen vermehrt die Flucht aus der Tarifbindung antreten, die Erosion des Tarifvertragswesens beschleunigt sich. Das Bedauern darüber mag sich mancherorts in engen Grenzen halten, aber ob diese Entwicklung im Interesse der IG Metall liegt, kann bezweifelt werden. Sich ihre Abwehrstrategie auszumalen, dazu gehört nicht viel Phantasie. Als Ingredienzien bieten sich unter anderem eine generelle Tariftreue in Kombination mit Allgemeinverbindlicherklärungen und das Recht uneingeschränkter Verbandsklagen an. Dem Wirtschaftsstandort Deutschland ist damit ein Spitzenplatz sicher - wenn es in Geschichtsbüchern im Zusammenhang mit den Folgen überholter Klassenkampfideologien um besonders lehrreiche Beispiele für den Abstieg von Volkswirtschaften geht.

(Handelsblatt, Nr. 86, 06.05.2002.)

M 19 Metaller: Dies ist ein Pilotabschluss

Im Metall-Tarifstreit ist der Knoten geplatzt: Die Einigung im traditionellen Pilotbezirk Baden-Württemberg soll nun rasch von den anderen Bezirken übernommen werden. Sowohl die IG Metall als auch der Arbeitgeberverband Gesamtmetall äußerten gestern diese Erwartung. Im zweiten Streikgebiet, Berlin-Brandenburg, wollen die Tarifparteien heute die Verhandlungen wieder aufnehmen.

IG-Metall-Sprecher Eilrich sagte in Frankfurt am Main, die Gewerkschaft habe die Zielsetzung, dass die Einigung von den anderen Bezirken "ohne

Abstriche" übernommen werde. Auch Gesamtmetall-Chef Kannegiesser erklärte in Berlin, er gehe davon aus, dass die Einigung, was die Entgeltregelung angeht, von den anderen Verbänden eins zu eins übernommen wird. "Dies ist ein Pilotabschluss", betonte er.

Arbeitsminister Riester lobte in Berlin, die Einigung stelle eine "angemessene Beteiligung der Beschäftigten am gemeinsam wirtschaftlich Erarbeiteten" dar. Die Betriebe erhielten Planungssicherheit.

(*Westfälische Nachrichten*, Nr. 113, 17.05.2002.)

M 20 Stichwort: Metall-Abschluss

- **Tariferhöhung:** Die Löhne und Gehälter werden im Juni 2002 um 4,0 % erhöht. Im Juni 2003 folgt eine weitere Erhöhung um 3,1 %. Für Mai 2002 erhalten die Beschäftigten eine Pauschalzahlung von 120 Euro. Eine rückwirkende Erhöhung für die Monate März und April gibt es nicht.
- **Laufzeit:** Der Tarifvertrag läuft bis Ende 2003. Mit 22 Monaten ist die Laufzeit deutlich länger, als es die IG Metall zunächst angestrebt hatte.
- **Neues Entgeltsystem:** Neben der Lohnerhöhung haben die Tarifparteien Eckpunkte für ein neues Entgeltsystem vereinbart, dessen Zweck die gleiche Entlohnung von Arbeitern und Angestellten bei gleichartigen Tätigkeiten ist. Bisher sind die Tariflöhne der Arbeiter in vielen Fällen deutlich geringer. Das neue Entgelttrahnenabkommen (ERA) soll dies ändern. Die Details sollen bis Jahresende ausgehandelt werden. Die Betriebe haben bis Ende 2004 Zeit, um sich auf ERA vorzubereiten. Die Einführung muss bis Ende 2007 abgeschlossen sein.
- **Strukturkomponente:** Die Einführung des

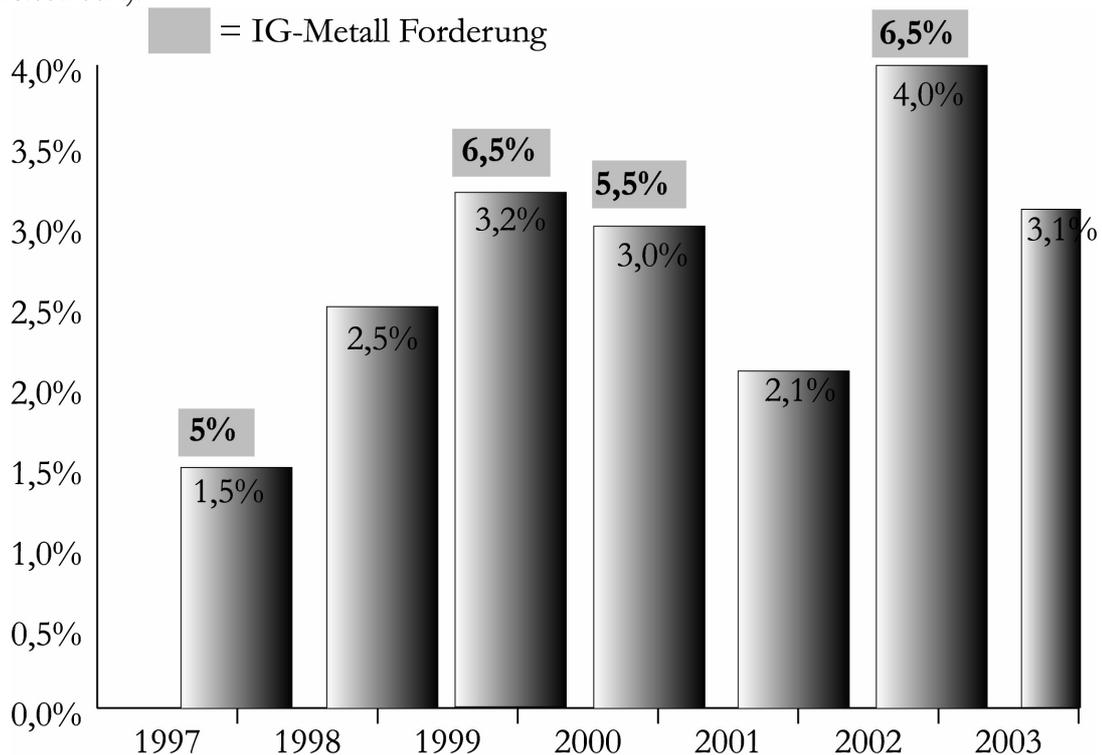
neuen Entgeltsystems ERA wird für viele Betriebe nicht kostenneutral sein. Je höher der Anteil der Arbeiter im Betrieb, desto mehr erhöht das neue System die Lohnkosten, da bei der Angleichung kein Angestellter Gehaltskürzungen hinnehmen soll. Daher werden 0,9 Prozentpunkte der Tariferhöhung von 4,0 % als Strukturkomponente abgezweigt. Sie werden im ersten Jahr an die Beschäftigten ausbezahlt, ab dem zweiten Jahr auf einem betrieblichen Konto gesammelt, bis ERA eingeführt wird. Dann werden mit dem Geld die Anpassungskosten finanziert. Das gleiche passiert mit der zweiten Stufe der Tariferhöhung von 3,1 %, hier werden 0,5 Prozentpunkte abgezweigt.

- **Öffnungsklausel:** Für Firmen, die durch die Lohnerhöhung in wirtschaftliche Probleme kommen, können Unternehmensleitung und Betriebsrat bei den Tarifparteien eine Bezahlung unter Tarif beantragen.

(*Handelsblatt*, Nr. 94, 17./18.05.2002.)

M 21 Wunsch und Wirklichkeit

Tarifabschlüsse für die Metall- und Elektroindustrie (ohne Einmalzahlungen. Quelle: Handelsblatt Nr. 94, 17./18.05.2002.).



(Nach: Handelsblatt Nr. 94, 17./18.05.2002.)

M 22 Arbeitgeberverband empfiehlt Übernahme in allen Tarifbezirken - Streik der IG Metall in Berlin und Brandenburg geht weiter

Metall-Abschluss stößt auf breite Kritik

Die Funktionäre von IG Metall und Arbeitgebern sind zufrieden: Die anderen Regionen werden sich voraussichtlich dem gestern erzielten Südwest-Abschluss anschließen. An Widerstand fehlt es dennoch nicht. Die Wirtschaftsverbände erwarten eine weitere Belastung des Arbeitsmarkts. Der Ruf nach einem flexibleren Tarifrecht wird lauter.

Flucht aus dem Flächentarif? "Nein", sagt Manfred Siebert, Personalleiter bei der Hella KG Hueck & Co. in Lippstadt. "Das werden wir wohl hinnehmen müssen, wir gehören ja dem Arbeitgeberverband an." Nüchtern fasst er zusammen, was die Tarifierhöhung von 4 % für Unternehmen wie den Autozulieferer bedeutet: "Es lassen sich trotzdem keine höheren Preise erzielen - schon gar nicht in der Automobilindustrie."

Vergeblich warten viele Metall- und Elektro-Unternehmen darauf, dass ihnen der Tarifvertrag wenigstens Möglichkeiten einer ertragsabhängigen Bezahlung eröffnet. Hella hat allerdings Wege gefunden, die Fesseln auch ohne Verbandsflucht etwas zu lockern: Das Unternehmen hat eine eigene Personaldienstleistungsfirma gegründet, die mittels Leiharbeit eine flexiblere Steuerung der Personalkapazitäten erlaubt. Und für deren bereits 200 Mitarbeiter gilt der Metalltarif nicht. "Dieser Tarifabschluss ist eine klare Bestätigung für unsere

Entscheidung", sagt Siebert.

Die am Mittwochabend erzielte Einigung für die Metallindustrie im Pilotbezirk Baden-Württemberg stößt in weiten Teilen der Wirtschaft auf erhebliche Kritik. Die hohen Lohnsteigerungen, so die verbreitete Ansicht, werden den Arbeitsmarkt weiter belasten. "Der Abschluss wird zu einem Personalabbau von zwei bis drei Prozent führen", sagt Diether Klingelberg, Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau voraus. BDI-Chef Michael Rogowski bestätigte: "Wenn dieser Abschluss zum Maßstab wird, erhöhen wir unser Lohnniveau in zwölf Monaten um über 7 %, da die nächste Erhöhung ja bereits im Juni nächsten Jahres stattfindet".

Auch die Metallarbeitgeber fürchten negative Folgen. Für die Masse der Betriebe in der Metallindustrie, sei der Tarifabschluss um 0,5 bis 1 % zu hoch, räumte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser gestern ein. Dennoch will Gesamtmetall das Ergebnis von Baden-Württemberg den anderen Tarifbezirken zur Übernahme empfehlen.

Ob auch die IG Metall dies tun wird, will sie heute bekannt geben. In Berlin und Brandenburg setzte sie ihren Streik gestern fort, Bezirksleiter Hasso Düvel kündigte an, so lange zu streiken, bis auch dort ein Tarifabschluss erreicht sei. Düvel will

zusätzlich zu den Regelungen aus Baden-Württemberg einen Einstieg in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit erreichen. Diese ist im Osten mit 38 Stunden noch drei Stunden länger als im Westen. Heute und Dienstag soll verhandelt werden.

Auch in der IG Metall wird über den Tarifabschluss kaum gejubelt. Erich Klemm, Konzernbetriebsratschef der Daimler-Chrysler AG und Verhandlungsteilnehmer: "Es ist wichtig, dass wir die Vier erreicht haben, auch wenn nicht alle Hoffnungen der Belegschaft von Daimler-Chrysler erfüllt wurden."

Als Ergebnis dieser Tarifrunde müsse deshalb eine Diskussion über den Flächentarif beginnen, glaubt Klemm. Auch wenn er eher enttäuschte Erwartungen der Beschäftigten in ertragsstarken Unternehmen im Blick hat, ergibt sich eine auffällige Übereinstimmung mit Unternehmerwünschen:

(Handelsblatt, Nr. 94, 17./18.05.2002.)

M 23 Nachgefragt bei Professor Wolfgang Franz

"Mit diesem Abschluss behält Deutschland die rote Laterne!"

Die Streiks in der Metallindustrie sind zu Ende. Sollten die Arbeitslosen auf die Straße gehen - aus Protest gegen einen Tarifabschluss, der ihre Job-Chancen weiter verringert? Nicht nur die Arbeitslosen sollten demonstrieren, auch die Beschäftigten, denn ihre Arbeitsplätze sind jetzt mit einem höheren Risiko behaftet. Zu den Verlierern gehören auch die Tarifparteien und im Zweifel wir alle - wenn durch höhere Lohnstückkosten die Preise steigen und die Europäische Zentralbank die Leitzinsen schneller und stärker erhöht als bislang gedacht.

Viele Ökonomen geben Entwarnung in Sachen Inflation. Die Firmen hätten keinen Spielraum die Abschlüsse in Form von höheren Preisen weiter zu geben.

Das macht die Sache nicht besser. Falls die Unternehmen die höheren Kosten nicht überwälzen können, sondern selbst tragen, kommt es zum Arbeitsplatzabbau - weil die Gewinne schrumpfen und damit Mittel für Investitionen fehlen.

IG-Metall-Vize Peters argumentiert, es gebe keinen Zusammenhang zwischen Lohnabschlüssen und Arbeitsplatzverlust - sonst müsse es nach jeder Tarifrunde zu Kündigungswellen kommen.

Das Argument führt in die Irre. Häufig ersetzen Unternehmen teure Arbeitnehmer durch billigere Maschinen oder verlagern die Produktion ins kos-

(Handelsblatt, Nr. 94, 17./18.05.2002.)

"Es muss ein Weg gefunden werden, der je nach Ertragsstärke des Unternehmens unterschiedliche Tarifelemente zulässt", so Klemm. Wer den Flächentarif halten wolle, der müsse zulassen, dass sich etwas ändert. "Auf Dauer werden wir sonst diesen Spagat nicht schaffen."

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt warnte, der durch Streik erpresste Abschluss der Metaller könne kein Maßstab für andere Branchen sein. Damit fasste er die Sorge der Arbeitgeber in Baugewerbe und Handel zusammen, deren Tarifkonflikte noch laufen. Peter Klemm, Vize-Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeber der Druckindustrie, wertet die Einigung dagegen positiv: "Zieht man die Sonder-elemente ab, bleibt ein Lohnplus von knapp 3 %." Und das sei nicht weit von dem mit der Gewerkschaft Ver.di so hart umstrittenen Lohnangebot für die eigene Branche entfernt.

tengünstigere Ausland - beides kostet Arbeitsplätze. Nur passiert das nicht von heute auf morgen.

Wie groß ist das Risiko für die Konjunktur-Erholung? Mit diesem Abschluss behalten wir die rote Laterne in der EU, er ist Gift für den Aufschwung, vor allem, wenn die Europäische Zentralbank an der Zinsschraube dreht. Aber schon vor der Einigung war die Skepsis der Konjunktur-beobachter größer geworden, wie der erneute Rückgang des ZEW-Konjunkturindikators zeigt

Welcher Abschluss wäre aus Ihrer Sicht vertretbar gewesen? Ich hätte eine Tariflohnerhöhung von 2 Prozent empfohlen, plus Beteiligung an den Gewinnen. Dann hätten Arbeitnehmer bei Porsche deutlich mehr bekommen, was ja auch in Ordnung ginge. Andere Unternehmen, denen es weniger gut geht, müssten aber weniger zahlen.

Warum sehen Sie auch die Tarifparteien selbst als Verlierer der Lohnrunde?

Gewerkschaft und Arbeitgeberverbände haben sich geschadet. Gerade bei kleinen und mittelständische Unternehmen wird es zu einer Flucht aus den Verbänden kommen. Das ist eine Gefahr für das Flächentarifsystem.

(Professor Wolfgang Franz ist Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim. Die Fragen stellte Olaf Storbeck.)

M 24 Metallarbeitgeber akzeptieren "Eckpunkte" des Tarifabschlusses

Widerstand im Osten erlahmt

Der Tarifkonflikt in der Metall- und Elektroindustrie liegt in den letzten Zügen. Der Widerstand der ostdeutschen Metallarbeitgeber gegen den Pilotabschluss von Baden-Württemberg bröckelt rapide. So erklärten sich in Sachsen-Anhalt die Arbeitgeber inzwischen zur Übernahme der Lohn-erhöhungen von 4 % in diesem und 3,1 % im nächsten Jahr bereit. Sie wollen aber erreichen, dass Betriebe mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehr Spielraum zur untertariflichen Entlohnung enthalten als im Tarifvertrag vorgesehen.

Auch in Sachsen erklärten die bisher widerstrebenden Arbeitgeber, dass sie den Abschluss von Baden-Württemberg als Grundlage der Verhandlungen für ihr Tarifgebiet akzeptieren. Sie hätten vor allem das neue gemeinsame Entlohnungssystem für Arbeiter und Angestellte (ERA) abgelehnt. Auch sie wollen jedoch eine weiter gehende Öffnung des Tarifvertrags erreichen.

Die IG Metall rief in Sachsen gestern einige hundert Beschäftigte in vier Unternehmen zu Warnstreiks auf. Sie droht mit einem regulären Arbeits-

kampf, sollten die Arbeitgeber den Pilotabschluss nicht voll übernehmen. Die Arbeitgeber haben die Gewerkschaft für den morgigen Donnerstag um ein Sondierungsgespräch gebeten. Die Kampfkraft der IG Metall in Sachsen ist allerdings gering. Nach Arbeitgeberangaben sind von 800 Metall- und Elektrobetrieben nur noch 12 % tarifgebunden. Der größere Teil hat sich in einem Verband ohne Tarifbindung organisiert oder vereinbart Tarifverträge mit der in Konkurrenz zur IG Metall stehenden Christlichen Gewerkschaft Metall.

Unterdessen begann in Baden-Württemberg gestern die auf zwei Tage angesetzte Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis. Zur Annahme müssen 25 % der Gewerkschaftsmitglieder zustimmen. Bei Daimler-Chrysler hat Betriebsratschef Erich Klemm für die Beschäftigten ein zusätzliches Plus herausgeholt. Er drohte, sonst die Überstunden zur Nacharbeit streikbedingter Produktionsausfälle zu verweigern. Deshalb zahlt der Autokonzern nun die Tariferhöhung 2003 auf das Effektivgehalt und nicht nur auf das Tarifgehalt. (...)

(Handelsblatt, Nr. 96, 22.05.2002.)